

Thema: Deutschlands Verantwortung für den Frieden Zukunftsszenarien für Strategien

Vier Thesen in Stichworten zur globalen Situation Deutschlands

These I. Verantwortung?

- Im Bereich der internationalen Machtpolitik gibt es keine Verantwortung, nur in verantwortungslosen Sonntagsreden, um die Bevölkerung für dumm zu verkaufen.
- Niemand kann für viele Tausend Tote die Verantwortung übernehmen
- Politiker und Generäle gehen allenfalls in Pension
- Nur kleinere Übeltäter landen vor internationalen Strafgerichten.
- USA, Russland und China wissen sehr genau, warum Sie dem Abkommen über den Internationalen Gerichtshof nicht beigetreten sind
- Ich spreche deshalb nicht von Verantwortung sondern von Deutschlands Möglichkeiten, eine friedensfördernde Politik zu betreiben.

These II. Zur Situation Deutschlands

- Die Möglichkeit, eine friedensfördernde Politik zu betreiben, erfordert zunächst, die außenpolitische und internationale Situation Deutschlands zu skizzieren
- Deutschland ist vielfach in die Internationale Politik eingebunden. Dies nicht zuletzt, da es in hohem Maße wirtschaftlich auf globalen Handel orientiert ist.
- Militärisch ist es viel zu schwach, um – wie oft vermutet wird - als eigenständige Großmacht zu agieren. Dies gilt auch wenn man die EU-Partner berücksichtigt. Die EU ist zudem aktuell in ihrer Kohärenz höchst bedroht.
- Während die USA aufgrund ihrer großen militärischen Stärke in Gefahr sind, ihren Abstieg von der unipolaren Weltmacht in eine multipolare Welt, militärisch aufhalten zu wollen, ist Deutschland längst dort angekommen und kann seine Interessen über Verhandlungen und Vermittlungen eher erreichen. Seine Beliebtheit in der Welt kommt ihm dabei zu Hilfe. Deutschland ist also in einem Balanceakt, der sich auch innenpolitisch in einem Konflikt zwischen „Falken“ und „Tauben“ niederschlägt.

III. These: Schlussfolgerungen für die derzeitige Politik

- Die Bundesregierung betreibt mit dem Westen militärische Kooperation auf einem relativ niedrigen Niveau. Sie ist dort keine „Speerspitze.“ Sie muss dabei allerdings die Bedürfnisse mit bedienen, die aus den Befürchtungen der östlichen NATO-EU-Staaten resultieren. Sie kann diese nicht im Regen stehen lassen, wenn sie als EU-Vormacht ernst genommen werden soll.
- Die Bundesregierung kann ihr militärisches Potential nur als taktische Manövriermasse verwenden, wie gegenwärtig etwa in Ausrüstungseinsätzen in Afrika und Nahost. (Das hilft auch dem Rüstungsexport)
- Das militärisch-taktische Verhalten dient vor allem dazu, um sich die militärische Rückendeckung der USA zu erhalten. Das ist ein Balanceakt, denn gleichzeitig soll der Spielraum für eine eigenständige EU-Politik, die keineswegs identisch ist mit den Interessen der USA, erhalten oder sogar

ausgeweitet werden. Das drückt sich nach der Afghanistan Katastrophe durch die Nichtbeteiligung Deutschlands an Interventionen als „Williger“ der USA aus (Irak, Libyen, Syrien) aus. Teilhilfen, wie z. B. in Ramstein, dienen der Beziehungspflege zu den USA

- Sie beteiligt sich nicht, wenn von den USA zu einem Feldzug der Willigen aufgerufen wird. Die Zeiten von Afghanistan sind vergangen, (Politikscheide)
- Sie bemüht sich um Konflikt-Deeskalation z. B. Ukraine, Iran, Syrien (?)
- Diese Politik ist innerhalb Deutschlands nicht unumstritten. Da gibt es Falken und Tauben. Das zu berücksichtigen, ist für die Friedensbewegung wichtig!!!
- In der Taubenpolitik gibt es einen schweren Sündenfall namens Büchel. Die sogenannte „Modernisierung der Büchel-Bomben – wie auch in andern EU Ländern - soll die Bevölkerung darüber täuschen, dass hier ein neues nukleares West-Ost Abschreckungssystem in Europa mit den modernsten US-Nuklearwaffen installiert werden soll. Das Szenarium erinnert durchaus an die 80er Jahre des NATO-Doppelbeschlusses, wenngleich die Einzelheiten der vorgesehenen Waffen und Strategien differieren. Danach würde ein europäischer Nuklearkrieg möglich, ohne dass die USA daran strategisch beteiligt wäre. Die amtierende Bundesregierung hat ihre ursprünglichen Beschlüsse, die Büchel-Bomben abzuschaffen, in einem Salto revidiert. Sie beteiligt sich jetzt durch die „Modernisierung“ der deutschen Trägerflugzeuge an diesem höchst gefährlichen Projekt.

IV. Strategische Konsequenzen für die Friedensbewegung

- Wenn die Friedensbewegung die Ansätze von Taubenpolitik als Richtlinie für ihre Arbeit unterstützen will, so heißt das selbstverständlich nicht, Verzicht auf Kritik und Protest gegen einzelne Rüstungsmaßnahmen der Regierung, insbesondere gegen die Büchel-Politik.
- Das Motto einer Taubenpolitik kann durchgehend lauten „Kooperation statt Konfrontation“. Bezogen auf die Ukraine wäre der Zusatz „Ukraine Brücke zwischen West und Ost“.
- Die „Kooperation für Frieden, unsere Dachorganisation, hat bereits Reiner Braun und Andreas Buro beauftragt, in Deutschland die Aktion „Kooperation statt Konfrontation“ vorzubereiten und in Gang zu setzen. Das Ziel ist es, alle Kräfte, die in Deutschland für eine kooperative Politik gegenüber Russland sind, mit ihren Stimmen in Deutschland Gehör zu verschaffen. Gewerkschaftliche Kräfte haben an dem Vorhaben schon großes Interesse gezeigt.
- Auftreten gegen die Befürworter erweiterter militärischer Einsätze die sogenannten Falken. Der Fall Wolfgang Ischinger z. B.
- Für ein verändertes Verhalten der Bundesregierung im Türkei-Kurden-Konflikt. Da ist eine Veränderung überfällig, auch angesichts der Flüchtlingsprobleme, die Erdogan jetzt zur Erpressung der EU-Länder instrumentalisiert.
- Die Friedensbewegung sollte eine Kampagne für die Errichtung eines Mediationszentrums führen. Dieses sollte Konfliktpartnern ermöglichen, unter günstigsten Bedingungen und ohne Öffentlichkeit in einen Dialog zu treten. Das wäre ein wirklich großes Projekt, das auch von Tauben aus allen Parteien unterstützt werden könnte.
- Für eine sehr deutliche Erhöhung der Mittel für Zivile Konfliktbearbeitung fordern und dafür Projekte ausarbeiten.
- Zivile Konfliktbearbeitung als Alternative bekannter machen und Vorschläge damit verbinden. Es ist ein Skandal, dass für das „erste Mittel“ der Friedenssicherung kaum 2% zur Verfügung stehen, während der gesamte Rest für das „Letzte Mittel“, also das Militär aufgewendet werden. Dabei muss allen klar sein, dass die ständige Aufrüstung unsere Sicherheit ständig

verschlechtert hat. Heute kann man bereits die ganze Welt durch ein paar „Sicherheitskräfte“ zerstören.

Es gilt für die Friedensbewegung, das aktuelle “Window of opportunity“ für Taubenpolitik zu nutzen, auch als Alternative gegen aufkommenden Rechtsentwicklungen.

Prof. Dr. Andreas Buro
Am Sonnenberg 42, D-61279 Grävenwiesbach
Tel. 0049 (0)6086-3087, Fax -243, e-mail: andreas.buro@gmx.de